

28.06.2016

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Erbschaftsteuerreform – Landesregierung darf Kompromiss nicht blockieren!**

#### **I. Der Landtag stellt fest:**

Die konkrete Ausgestaltung der Erbschaftsteuer spielt beim Übergang von Unternehmens- und Grundvermögen eine wirtschaftlich entscheidende Rolle. Wenn Erben Teile des Unternehmens verkaufen müssten, um die Erbschaftsteuer bezahlen zu können, kann das verheerende Folgen für die Arbeitnehmer haben. Die Erbschaftsteuer beeinflusst daher unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständisch geprägten Wirtschaft Deutschlands und die von ihr geschaffenen Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die Erbschaftsteuer darf den Generationswechsel in den Unternehmen nicht behindern. Insbesondere aus Gründen der Rechtssicherheit ist die Umsetzung der Erbschaftsteuerreform von großer Bedeutung.

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014 werden daher auf allen Ebenen verschiedene Gespräche über die Erbschaftsteuerreform geführt. Anfang letzter Woche haben sich die CDU, CSU und SPD auf einen Kompromiss verständigt.

*„Nach mehreren Gesprächen zwischen CDU, CSU und SPD konnte heute eine Einigung über die Erbschaftsteuerreform erzielt werden. Damit wird der Weg frei für einen Abschluss des parlamentarischen Verfahrens im Deutschen Bundestag und im Bundesrat.*

*Die Einigung schützt den Bestand vor allem von mittelständischen Unternehmen und garantiert den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze in Deutschland. Sie stellt eine ausgewogene Lösung dar, die die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014 insbesondere auch durch Einführung einer Bedürfnisprüfung erfüllt und der Bedeutung der Erbschaft- und Schenkungsteuer für eine gerechte Vermögensverteilung in Deutschland Rechnung trägt. Damit steht die Reform für Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und ein langfristiges Wirtschaften in unseren Betrieben.“*

Diese beiden Absätze stammen aus der gemeinsamen Erklärung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), welche am 20. Juni 2016 im Zusammenhang mit der Einigung zur Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer veröffentlicht wurde.

Datum des Originals: 28.06.2016/Ausgegeben: 28.06.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat den Kompromiss am 20. Juni 2016 als ein gutes Ergebnis begrüßt.

*„Der Kompromiss, den wir im Parlament bereits im Februar erarbeitet hatten, wurde jetzt verbindlich vereinbart und von Sigmar Gabriel noch verbessert.*

*Unsere Ziele wurden erreicht: Arbeitsplätze schützen, Aufkommen sichern und eine verfassungsfeste Regelung.*

*Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer wird nun sogar noch steigen. Darüber hinaus wird es künftig weniger Begünstigungen für sehr reiche Unternehmenserben geben, missbräuchliche Steuergestaltungen werden eingeschränkt und Investitionen gefördert.*

*Das ist ein gutes Ergebnis und ein wichtiger Beitrag auch für mehr Steuergerechtigkeit.“*

Dieser Auszug stammt aus einer entsprechenden Presseveröffentlichung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, vom 20. Juni 2016.

Am 22. Juni 2016 äußerte sich auch die Landesregierung bzw. ihr Finanzminister Norbert Walter-Borjans im Deutschlandfunk zum Kompromiss. Finanzminister Walter-Borjans bezeichnete den Kompromiss als „nicht akzeptabel“ sagte weiter: „dieser Kompromiss geht so nicht“.

Der Bundestag hat die Reform der Erbschaftsteuer in seiner Sitzung am 24. Juni 2016 mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD beschlossen.

## **II. Der Landtag beschließt:**

Die Neuregelung der Erbschaftssteuer sichert den Fortbestand der mittelständischen Unternehmen, die in Familienhand sind. Deutschland ist insbesondere deswegen gut durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen, weil Familienunternehmer ihre Verantwortung nicht an der Börse abgeben, sondern selbst wahrnehmen. Familienbetriebe bilden den Kern und das Rückgrat des erfolgreichen Wirtschaftsmodells Deutschland.

Die Blockadedrohung der Landesregierung gefährdet genau diese Familienunternehmen und damit viele Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Zudem kommt sie einer weiteren Investitionsbremse für unser Land gleich. Investitionen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Bundesrat den gefundenen Kompromiss zu unterstützen. Dieser Kompromiss gibt den Menschen und Unternehmen Rechtssicherheit, er schützt Arbeitsplätze und ermöglicht Investitionen.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Dr. Marcus Optendrenk  
Hendrik Wüst

und Fraktion